

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 8 (1980)

DOI: 10.11588/fr.1980.0.50442

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

reprend ce sujet attachant. Il a maîtrisé l'abondante bibliographie et mené des recherches personnelles, surtout dans les Archives départementales de la Drôme et de l'Hérault. Il a rédigé un ouvrage commode, bien informé, qui complète la mise au point des connaissances acquises par une réflexion personnelle.

Le premier chapitre dégage les données concrètes de la révolte, avec des tableaux chiffrés et des cartes. Il évalue les effectifs à 63 000 hommes pour »la protestation armée majeure«, à 69 200 hommes pour »la protestation armée mineure«. Il s'agit essentiellement de ruraux qui convergent vers les bourgs et les villes en colonnes ordonnées, dans une quinzaine de départements du Centre Est, du Sud Ouest et du Sud Est, et qui occupent plusieurs sous-préfectures et la préfecture de Digne jusqu'à ce que l'intervention de l'armée les disperse sans peine après quelques jours (le bilan de la violence se solde par quelques dizaines de victimes). Ted Margadant passe ensuite en revue les facteurs explicatifs. Par rapport aux auteurs français dont il durcit parfois les positions, il se distingue surtout par son interprétation des causes économiques. Il minimise les effets de la crise générale, notamment l'endettement sur lequel insistait Philippe Vigier, et il attribue une valeur déterminante, dans la ligne de Charles Tilly, à un »modèle de dépendance urbaine-rurale«: l'agriculture des régions en cause, nous dit-on, serait dès cette époque largement ouverte au marché, auquel elle fournit le vin, l'eau de vie, la soie et vivrait donc en symbiose avec les petites villes (»protourbanisation«), dont elle serait donc prête à recevoir des directives. Au contraire les campagnes seraient coupées des villes dans les autres régions rurales (la moitié Nord du pays essentiellement), que la crise a également atteintes et qui n'ont cependant pas bougé. Le raisonnement est ingénieux, il paraît toutefois bien systématique: ne majore-t-il pas en particulier à l'excès la modernisation et la commercialisation de la production agricole dans ces pays en général fort pauvres et encore enfoncés dans l'économie de subsistance? L'auteur note d'ailleurs lui-même: »les facteurs économiques furent les préconditions, non les déterminants de l'action politique«. Et il fait une large place aux données proprement politiques: au tempérament de fond qui s'était exprimé aux élections de mai 1849, à l'organisation des sociétés secrètes »montagnardes« (minimisée plus tard par plusieurs historiens républicains) et enfin à la quasi-absence dans ces pays isolés des forces de l'ordre, qu'on a concentrées dans les villes (on relèvera d'intéressantes notations sur la gendarmerie). Il conclut fort justement: »Insurgency is the obvious focus of my study, but it is a focus that requires more than an analytical lens« (p. 337). Maurice Agulhon pense de même »lutte pour le Droit ou bien lutte des classes: nécessité de penser ensemble ces deux aspects du mouvement«.

Pierre BARRAL, Nancy

Joseph ROVAN, Histoire de la Social-Démocratie Allemande, Paris (Editions du Seuil) 1978, 524 S.

Mit dem vorliegenden Werk wagt sich der französische Germanist und Zeithistoriker Joseph Rován (Professor an der Universität Paris-Vincennes) nicht zum ersten Mal auf das Gebiet der deutschen Parteiengeschichte. Vor zwei Dutzend Jahren hat er schon eine Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland vorgelegt. Eine allgemeine Geschichte Deutschlands ist schon im letzten Jahr angekündigt. Den meisten französischen Autoren – von Ausnahmeerscheinungen wie Alfred Grosser einmal abgesehen – hat er somit eine sehr genaue Kenntnis der Wechselfälle der deutschen Geschichte in den letzten 150 Jahren sowie eine bemerkenswerte Fähigkeit zum differenzierten historischen Urteil voraus. Er wandelt also nicht auf den Pfaden seines Germanistenkollegen Charles Andler, der sich vor dem ersten Weltkrieg sehr einseitig mit der deutschen Sozialdemokratie auseinandergesetzt und 1912/13 in einer wüsten Polemik

mit Jean Jaurès dessen deutsche Schwesterpartei als »imperialistisch« apostrophiert hat (Andler wird von Rován nicht einmal der Erwähnung für würdig befunden).

Ganz im Gegenteil: Rován wartet auch bei jenen historischen Konflikten und Zäsuren mit großem Verständnis und einleuchtenden Erklärungen auf, die – wie die Auseinandersetzung zwischen Marx/Engels und Lassalle, wie der Revisionismusstreit, wie die Entscheidung am 4. August 1914 und wie das Verhalten der mehrheitsozialdemokratischen Führung 1918/19 – deutsche Historiker häufig erheblich pauschaler beurteilt haben. Dabei fördert Rován Erkenntnisse zu Tage, die zwar nicht völlig neu sind, aber von Historikern, die sich der »Linken« (vor allem der marxistisch-leninistischen) zurechnen, in der Regel unterdrückt werden, wie etwa die, daß Lassalles Demokratiekonzeption in mehr als nur einer Hinsicht Lenins »demokratischen Zentralismus« vorweggenommen hat.

Die Abschnitte über die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie und ihre Weiterentwicklung im Kaiserreich nach 1870 überzeugen in gleicher Weise durch ihre Detailkenntnis wie durch die Fähigkeit, wichtige Grundlinien der Theoriediskussion zu erfassen und darzustellen. Obwohl er regionale Studien nur in sehr geringem Umfang heranzieht, ist ihm nicht entgangen, in welchem Maße die Mitarbeit in den örtlichen und regionalen Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherung nicht nur integrierend, sondern auch »reformierend« auf das Politikverständnis Tausender von Sozialdemokraten eingewirkt hat. Ebenso zutreffend ist sein Befund, daß der Mangel an Präzision im theoretischen Teil des Erfurter-Programms (etwa hinsichtlich der Rolle des Staates, der politischen Reformen, der nichtproletarischen Klassen und Schichten) auch auf die verschwiegene Dialektik von Marx und Engels zurückzuführen ist, die es zuließ, daß das Theorie-Praxis-Verhältnis von den Epigonen immer mehr als Einbahnstraße angesehen worden ist. Gut herausgearbeitet ist auch eines der zentralen Elemente der Bernsteinschen Kritik an Marx: Wenn die geschichtliche Entwicklung quasi naturgesetzlich verlief, blieben die ethischen Antriebe von zweit- oder dritrangigem Wert. Wenn man so will, handelt es sich um eine Art sozialistischer Prädestinationslehre.

Ein französischer Autor läßt sich gewiß nicht die Kontroverse zwischen Jaurès und Bebel auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Amsterdam (1904) entgehen, insbesondere den Vorwurf des französischen Sozialistenführers, trotz beeindruckender Wahl- und Organisationserfolge verstecke die deutsche Sozialdemokratie ihre politisch-parlamentarische Ohnmacht hinter der Intransigenz theoretischer Formeln. Gelegentlich flüchtet sich der Autor aber in Historikern kaum geziemende Spekulationen, wenn es zum Beispiel heißt, man könne nur davon träumen, was das für eine Sozialdemokratie gewesen wäre, die während des Krieges und der Revolution durch einen August Bebel auf der Höhe seiner Kraft geführt worden wäre (S. 126). Der historische Optativ ist hier unübersehbar. Ganz nebenbei gesprochen: Wer den Briefwechsel zwischen Engels und Bebel zu Anfang der 1890er Jahre – als die Konstellation von 1914 sich erstmals abzuzeichnen begann und Bebel »auf der Höhe seiner Kraft« war – genauer kennt, weiß, daß Bebel die Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 eher noch engagierter betrieben hätte als Ebert und Scheidemann. Offen muß nach wie vor bleiben, ob unter seiner Führung die Partei von den Regierenden erheblich mehr »Kompensationen« bekommen hätte.

Plausibler als die meisten deutschen Autoren legt Rován auch die Gründe dafür dar, daß Ebert die Frage, ob Monarchie oder Republik der Entscheidung der Konstituante überlassen wollte: die Unterschrift unter Waffenstillstand und Friedensvertrag durch einen kaiserlichen Regenten hätte die Verantwortung für die Niederlage denen zugeteilt, die auch tatsächlich für Krieg und Niederlage verantwortlich waren. Die Dolchstoßlegende hätte ihre fatale Wirkung kaum so entfalten können, wie dies dann geschehen ist. Eines der für die Historiker der Weimarer Zeit heikelsten Probleme ist von Rován nur am Rande behandelt worden: die Alternative parlamentarische Demokratie oder bolschewistische Räterediktatur hat sich lange nicht in der oft behaupteten Schärfe gestellt. Es gab dritte, vierte, fünfte Möglichkeiten, die, was

die Kräfteverhältnisse auf der Linken betrifft, allesamt näher bei der parlamentarischen Demokratie lagen und sich mit ihr hätten verbinden lassen. Dies gilt auch für den Rätegedanken, der, fruchtbar eingesetzt, der Demokratisierung bisheriger konservativer Herrschaftspositionen in Ökonomie, Bürokratie und Militär hätte dienstbar gemacht werden können.

Etwas ungenau ist seine Darstellung des Verhaltens der Restfraktion der SPD nach der endgültigen Machtergreifung der Nazis bei der Abstimmung über die »Friedensresolution« am 17. Mai 1933. In der Sitzung dieser Restfraktion (65 von 120 SPD-Abgeordneten waren anwesend), beschloß die »Mehrheit«, nachdem in der vorangegangenen Sitzung des Ältestenrats am gleichen Tag der Reichsinnenminister den Sozialdemokraten bei Ablehnung oder Enthaltung mit Mord und Terror gedroht hatte – mit 48 Stimmen der Resolution zuzustimmen. In der Reichstagssitzung selbst ist es zu einer formellen Abstimmung nicht mehr gekommen. Auf Geheiß des Reichspräsidenten erhoben sich nach der Rede Hitlers alle Abgeordneten. Dies war unter der unmittelbaren Morddrohung der SA-Banden die »Zustimmung«. Im übrigen ist aber die Schilderung der sozialdemokratischen Widerstandsbemühungen von einer Exaktheit, wie sie bisher aus der Feder französischer Autoren ungewohnt war. Als ehemaliger Insasse von Dachau und Buchenwald hat er am eigenen Leibe erfahren, daß allein in diesen beiden Lagern Hunderttausende von Deutschen seit 1933 diesen Leidensweg vor jenen Häftlingen beschritten hatten, die nach Kriegsbeginn aus den besetzten Ländern in die Konzentrationslagern eingeliefert wurden. Er selbst wirft der französischen öffentlichen Meinung vor, sie habe die Tendenz, nicht nur den deutschen Widerstand sondern auch die Tatsache zu verschweigen, daß 1939/40 die deutschen Antinazis in Frankreich zusammen mit Nazis in den gleichen Lagern interniert worden sind. Ähnliches geschah übrigens auch in England.

Im Kapitel über Schumacher und die Wiedergeburt der SPD überzeugt die Darstellung der Anfangsjahre, in der Schumachers Rolle bei der Selbstbehauptung der SPD gegenüber Ost und West gewissenhaft und verständnisvoll nachgezeichnet, besonders nicht verschwiegen wird, daß Schumachers Widerstand gegen die Zwangsverschmelzung von SPD und KPD in der SBZ und in Berlin erst ein Jahr später von den Westalliierten – auch dann nur widerwillig – anerkannt wurde. Dagegen ist die Politik, die die SPD-Führung ab 1949/50 gegen eine Form der politisch militärischen Westintegration betrieben hat, die die Wiedervereinigung praktisch ausschloß, etwas verzeichnet. Schumacher hat in seiner Verbindung von Patriotismus und Internationalismus seine Vorbilder gerade bei französischen sozialistischen Politikern wie Jean Jaurès und Léon Blum gesucht und stets betont, daß die Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit nicht mit Unterwerfung unter den Nationalismus der anderen verwechselt werden dürfte. Rován läßt auch unerwähnt, daß Schumacher im März 1950 – also zwei Monate vor dem Schuman-Plan – den Abschluß eines deutsch-französischen Freundschaftsvertrages vorgeschlagen hat, der die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern intensivieren und eine Lösung des Saar-Problems erleichtern sollte.

Die Darstellung des ersten Jahrzehnts der Geschichte der Bundesrepublik bleibt in der Genauigkeit hinter den anderen Kapiteln deutlich zurück. Die unmittelbare Vorgeschichte jenes Zwischenrufs von K. Schumacher im November 1949 im Bundestag (Adenauer sei der Kanzler der »Alliierten«) bleibt vom Autor unberücksichtigt. Adenauer hatte zuvor der SPD vorgeworfen, sie unterstütze offenbar die Demontagepläne der englischen Labourregierung. Auch ist Rován über die Entstehungsgeschichte der paritätischen Mitbestimmung im Montanbereich seit 1946/47 schlecht unterrichtet. Die intensive und sehr differenziert verlaufene Debatte innerhalb der SPD über die Wiederbewaffnung wird recht oberflächlich behandelt. Die Wehrverfassung von 1956 war ebensowenig ein Erfolg Adenauers wie die Saarabstimmung, die zur Integration des Saargebiets in die Bundesrepublik führte. In beiden Fällen wurden Adenauer durch eine Zusammenarbeit der Opposition mit Abgeordneten der FDP und CDU/CSU Lösungen aufgezwungen, die er nicht haben wollte. Das Gesetz über die Dynamisierung der Renten von 1957 erhielt einen entscheidenden Anstoß durch einen 1956 von der SPD

ausgearbeiteten Gesetzesentwurf. Im Unterschied dazu sind Entstehung und Verlauf der Großen Koalition sowie die ersten Jahre der sozialliberalen Koalition wieder erheblich exakter untersucht und dargestellt. Es wäre noch sinnvoll gewesen, auf den Bewußtseinswandel in Teilen der deutschen Öffentlichkeit seit Mitte der 60er Jahre einzugehen, insbesondere auf die Wirkungen der Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche 1965 und der Diskussionen um den Redneraustausch zwischen SPD und SED 1966 sowie auf die zunehmende Sorge jener Teile der politisch-ökonomischen Machteliten, die über internationale Kontakte verfügten, die Bundesrepublik drohe durch die Entspannungsbemühungen ringsum in die Isolierung zu geraten. Immerhin ist die deutsche Ostpolitik in einer Breite dargestellt, wie sie sonst bei ausländischen Autoren kaum zu finden ist. Ein Vergleich der Porträts von Willy Brandt und Helmut Schmidt zeigt, daß die Sympathien des Autors Willy Brandt gehören. Das »Feldwebel«-image, das in der Anfangszeit seiner Kanzlerschaft insbesondere die französische Presse Schmidt verliehen hat, wird zwar von Rován nicht übernommen. Es hat aber indirekt abgefärbt. Unerwähnt bleibt, daß es auch unter den sozialdemokratischen Politikern kaum einen gibt, der sich im gleichen Maße offener Diskussion stellt wie Helmut Schmidt.

Für das französische Publikum ist es sicherlich nützlich zu erfahren, daß das ominöse Wort vom »Berufsverbot« eine unzulässige Verkürzung eines sehr komplexen Sachverhalts darstellt. Rován hebt hervor, daß es sich z. B. bei den DKP-Mitgliedern um Anhänger einer Partei handele, die im anderen deutschen Staat alle anderen politischen Meinungen unterdrücke und daß die westdeutschen Kommunisten jährlich durch Millionenbeträge aus Ostberlin unterstützt würden. Voller Besorgnisse ist Rován hinsichtlich des Einflusses des linken Flügels der Sozialdemokratie, insbesondere des der Jusos. Wenn diese als ein (notwendiger) Pfahl im Fleisch der Partei bezeichnet würden, so sei noch lange nicht ausgemacht, ob dieser dadurch nicht vergiftet werde (S. 410). Auch wenn solche Befürchtungen übertrieben sein mögen, wird man dem Autor dort beipflichten können, wo er von den zwei gegenläufigen Tendenzen in den Teilen der Wählerschaft spricht, die sich seit 1973/74 von der SPD abgewandt hätten: Die einen, weil ihnen das Ausmaß an Reformen unbefriedigend, die anderen (und diese machen die größere Zahl aus) weil ihnen bestimmte Aspekte der sozialdemokratischen Politik zu radikal erscheinen.

In seiner Zusammenfassung kommt Rován noch einmal auf sein Grundmotiv zurück: Er sieht die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie als eine Geschichte des Spannungsverhältnisses von Zukunftsvisionen und politischer Alltagsarbeit. Dieser Konflikt habe zugleich auch die Kontinuität einer historischen Leistung ermöglicht, die zur Durchsetzung einer demokratischen Ordnung entscheidend beigetragen habe, in der auch die arbeitenden Massen wie nie zuvor in der deutschen Geschichte am allgemeinen Lebensniveau, am System der sozialen Sicherheit und an den Bildungschancen teil hätten. Er betont einmal mehr seine Sorge vor einer einseitigen »Remarxisation« und hebt hervor, daß es weiterhin Aufgabe der Sozialdemokratie sei, die marxistischen Impulse mit denen anderer großer geistiger Strömungen zu verbinden – von Christus bis zu Voltaire. Er sieht die Lehre seines Buches darin, daß die Sozialdemokratie eine der großen Hoffnungen einer demokratischen und humanen Ordnung bleiben werde – »pourvu qu'elle ose être social-démocrate« (S. 480).

Insgesamt ist das Buch eine bedeutende Leistung und den Historikern beider Länder – hinsichtlich der Forschungen zur Parteiengeschichte – zur Nachahmung zu empfehlen. In einer zweiten Auflage sollten allerdings folgende kleine Unebenheiten und Fehler korrigiert werden: S. 50: Der Mannheimer Parteitag war 1906 (nicht 1908); S. 136: Der Jenaer Parteitag auf dem der Nachfolger Paul Singers gewählt wurde, war 1911 (nicht 1916); S. 219: Der Deutschplan wurde nicht Ende 1958, sondern im März 1959 veröffentlicht; S. 295: Die Spiegel-Affäre war 1962 (nicht vor der Wahl 1961); S. 322: E. Bahr wurde erst 1969 Staatssekretär (nicht 1966); G. Leber war Vorsitzender der IG-Bau-Steine-Erden (nicht der IG-Chemie); S. 345: Richtig heißt es 1,2 Millionen Tonnen Röhren im Wert von 4 Milliarden DM; S. 407: Der linke Flügel

hat auf dem Mannheimer Parteitag (1975) nicht 31 Sitze im Parteivorstand erreicht, sondern 12 (von 37); S. 432: Helmut Schmidt wurde schon 1968 (und nicht erst 1970) zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt.

Hartmut SOELL, Heidelberg

Hans FENSKE (Hg.), *Im Bismarckschen Reich 1871–1890*, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 1978, 490 p. (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, 6).

The first thing readers should want to know about any collection of documents is: what purpose did the editor have in publishing it? And when that collection is devoted to such a frequently trampled field as Bismarckian Germany, then another question is automatically posed: on what scale of primary assumptions did the editor weigh the selection of documents to be included? Surely, in other words, there must be some special intention or unique point of view in order to justify the addition of yet another item to the already burgeoning list of Bismarckiana.

We can quickly locate a few clues. The first footnote in the volume, for example, cites the following scholars: Otto Becker, Ernst Rudolf Huber, Karl Bosl, Theodor Schieder, and Ernst Deuerlein – a group that would be difficult to gainsay for sheer respectability. The first historian quoted, moreover, in the text of Dr. Fenske's perspicacious introduction is Heinrich von Sybel, who is invoked to deliver his most famous obiter dictum: »Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen?« But perhaps the most certain indication of the character of the anthology is the table of contents, which enables us to discover the political persuasion of authors and statesmen cited and to compute the frequency of citation: Conservative 55 (of which Bismarck 11); Catholic 33 (Windthorst 7); Moderate Liberal 45 (Treitschke 5); Left Liberal and Democrat 31; Socialist 14; and various factions 5. Therewith one important underlying principle of Dr. Fenske's selection becomes quite evident. He is concerned to present the political milieu of the first two decades of Imperial Germany as it must have seemed to most contemporaries. To be more precise, he has created a documentary history that retains approximately the same proportion as the parliamentary representation of the Reichstag during Bismarck's chancellorship. There is evidently in this method a selfconscious attempt to redress a certain tendency of many recent social historians to hear out the have-nots, the dissidents, and the critics of the Reich. In Dr. Fenske's volume, to the contrary, the floor belongs primarily to those who wielded political power or who were influential in shaping the conventional wisdom of Bismarck's time. This book is decidedly not, in the majority, an anthology of protest.

Behind these assumptions lies another elemental notion. In his introductory remarks Dr. Fenske repeatedly refers to Germany after 1870 as a constitutional monarchy in which a healthy balance existed between political parties and the bureaucracy. He thereby portrays the ruling system as a constructive dualism and as the basis, at least, for a genuine democratic process. Bismarckian politics, to be sure, reflected a notably conservative society. Dr. Fenske does not fail to record that the largely aristocratic »Oberschicht« constituted only 2.4 percent of the population and that the upper middle class was but an additional 5.7 percent. Hence, less than 10 percent of the German citizenry had access to the best of education and the most illustrious of careers. It is no wonder, then, that the approaching end of the nineteenth century brought little relief from a penetratingly reactionary tone of public life; and that tone is documented in the volume at hand. Dr. Fenske nonetheless insists that Bismarck's creation, autocratic as it was, represented a genuine constitutionalism.

Even historians who may differ profoundly from Dr. Fenske's evaluation of the Bismarckian